

CAI EAS
C186
10 MAI/78
DOCS

Profil Kanada



Jahrgang 5, Nr. 7

10. Mai 1978

Ottawa, Kanada

Reformvorschläge für die Strafjustiz, S. 1

Deutscher Berater für Manitoba, S. 3

Neuer Vorsitzender der Liberalen Partei in Quebec, S. 3

Kanada ehrte seinen Toller, S. 4

Sondermarken zu den Commonwealth-Spielen, S. 5

Neuer Bus Konkurrenz für den Flugverkehr, S. 6

Meningitis-Impfstoff entdeckt, S. 6

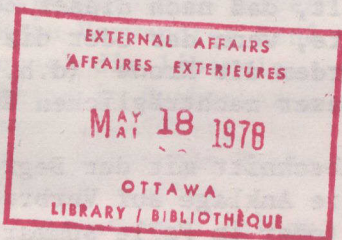
Polizei und Schüler Verbündete in Calgary, S. 7

Reformvorschläge für die Strafjustiz

Laut dem neunten Bericht der Rechtsreformausschusses, der kürzlich dem Parlament vorgelegt wurde, knistert es bedenklich im Gebälk der kanadischen Strafergerichtsbarkeit. Mit dem Bericht wurde ein Gesetzesentwurf mit Reformvorschlägen eingebracht, die bei einem Strafprozeß allen Beteiligten Zeit und Geld sparen würden - den Richtern ebenso wie den Angeklagten, Zeugen, Geschworenen, Anwälten, Verwaltungsangestellten und Polizisten.

Der Ausschuß stützte sich bei seinem Bericht auf die Informationen, die im letzten Frühjahr auf einer breit angelegten und repräsentativen Konferenz über Vorverfahren zusammengetragen worden waren. Als Beweis für die Notwendigkeit einer umgehenden Gesetzesreform werden angeführt: der große Überhang der zur Hauptverhandlung anstehenden Verfahren; daß Zeugen geladen werden, die dann endlos warten müssen, bis sie an die Reihe kommen, oder gar überhaupt nicht gehört werden; daß Geschworene während langer Verfahrensphasen abwartend Zuschauer sein müssen, in denen sie keinerlei Funktion zu erfüllen haben; und daß Durcheinander, Verzögerungen und Mehrkosten entstehen, wenn man nach Beginn eines Verfahrens die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit ausnützt, von der ursprünglich gewählten auf eine andere Verfahrensart überzugehen.

Pilotprojekte haben bereits bewiesen, so argumentiert der Ausschuß, daß solche Gesetzesreformen die Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der gesamten Strafergerichtsbarkeit steigern und ihr in den Augen der Öffentlichkeit größere Glaubwürdigkeit verleihen würden. Dazu stellt der Bericht fest: "In Montreal konnte durch das Projekt 'Discovery' im Jahre 1976 auf das Erscheinen von 35 000 Zeugen verzichtet werden, die sonst unnötig geladen worden wären ... Anfang 1977 wurde in Edmonton im Zeitraum von sechs Wochen durch das Projekt 'Disclosure Court' bewiesen, daß über die Hälfte der andernfalls beim Vorverfahren benötigten Zeugen gar nicht erst geladen zu werden brauchte ... und in Ottawa entfiel in der Zeit vom 29. Juni bis zum 3. November 1976 durch das Projekt 'Pro-Forma Court' die Notwendigkeit, 2 141 Zeugen vorzuladen".



Weitere Broschüren, Informationsblätter usw. über Kanada sind bei folgenden kanadischen Auslandsvertretungen erhältlich:

Kanadische Botschaft
5300 Bonn/Bundesrepublik Deutschland
Friedrich-Wilhelm-Str. 18

Kanadische Militärmission und
Kanadisches Konsulat
1000 Berlin 30
Europa-Center

Kanadisches Generalkonsulat
4000 Düsseldorf/Bundesrepublik Deutschland
Immermannstr. 3

Kanadisches Generalkonsulat
7000 Stuttgart 1/Bundesrepublik Deutschland
Königstr. 20

Kanadisches Generalkonsulat
2000 Hamburg 36/Bundesrepublik
Deutschland
Esplanade 41/47

Kanadische Botschaft
1010 Wien/Osterreich
Dr.-Karl-Lueger-Ring 10

Kanadische Botschaft
3000 Bern/Schweiz
Kirchenfeldstr. 88

Vorverfahrensänderungen

Eine der wichtigsten Empfehlungen dieses ersten Teils einer längeren Abhandlung über den Strafprozeß geht dahin, den Vorverfahrensrichter mit den gleichen Befugnissen wie den Hauptverfahrensrichter auszustatten, ein Bekenntnis oder Leugnen der Schuld entgegenzunehmen; über die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten zu entscheiden; über die Zulässigkeit von Beweismitteln, einschließlich der Abhaltung einer Vorvernehmung unter Eid zu entscheiden, um den Zulässigkeitsgrad eines Geständnisses zu bestimmen; sowie über die Zuständigkeit des betreffenden Gerichtes. Eine solche Reform hätte zur Folge, daß Entscheidungen des Vorverfahrens von den Anwälten nicht bzw. erst im Berufungsstadium angefochten werden könnten. Die Empfehlung ist auch so abgefaßt, daß die Autonomie der örtlichen Gerichtsbarkeit erhalten bliebe.

Eine weitere Empfehlung würde vielen etwaigen Zeugen die Möglichkeit einräumen, eine Erklärung zu unterzeichnen, die dann während des Verfahrens als Beweismittel für gewöhnlich unbestrittene Tatsachen benutzt werden könnte. Wie der Bericht bemerkt, würde eine solche Erklärung, die alle für jenen Teil des Verfahrens erforderlichen Angaben enthielte, dem Zeugen unnötige Warterei im Gericht ersparen und dem Gericht helfen, das Verfahren zum Abschluß zu bringen. Allerdings müßte der Zeuge vor Gericht erscheinen, wenn der Verteidiger seine Anwesenheit verlangt oder der Staatsanwalt die schriftliche Erklärung nicht vorlegt.

Wahl der Verfahrensart

Die dritte Empfehlung betrifft die Art des Verfahrens, die der Angeklagte in den meisten Fällen selbst wählen kann: vor dem Magistrate's Court (erstinstanzliches Gericht für Strafsachen niederer Ordnung), vor dem Richter allein oder vor Richter und Geschworene. Das geltende Strafgesetzbuch sieht unter bestimmten Umständen vor, daß man sich während des laufenden Verfahrens für eine andere Verfahrensart entscheiden kann.

"Häufig wird von den Kritikern der Gerichtsbarkeit behauptet, daß das Recht zum Wechsel der Verfahrensart manchmal absichtlich als Verzögerungstaktik ausgeübt wird und daß, selbst wenn dies nicht zutrifft, der Wechsel der Verfahrensart verwaltungstechnische Schwierigkeiten und Verzögerungen verursachen kann." Der Bericht wendet dagegen ein, daß Beklagte in den meisten Fällen innerhalb von sieben Tagen erkannt haben dürften, ob sie die Verfahrensart gewählt haben, die ihnen am meisten liegt. Er empfiehlt, daß nach dieser Zeitspanne "ein Wechsel der Verfahrensart nur dann möglich sein sollte, wenn der oder die Angeklagte dafür einen triftigen Grund anführen kann und sich außerdem die Krone (d.h. die Staatsanwaltschaft) und das ursprünglich gewählte Gericht mit dieser nachträglichen Änderung einverstanden erklären."

Der Entwurf gesetzlicher Vorschriften befaßt sich im letzten Abschnitt mit der Begrenzung der Frist zwischen Anklageerhebung und Prozeßbeginn. Wenn die Anklage auf Verbrechen lautet und der Fall nicht binnen eines Jahres vor Gericht kommt (oder im Falle summarisch abzuurteilender Vergehen, innerhalb von 180 Tagen), empfiehlt der Bericht, daß dem Angeklagten gestattet wird, die Einstellung des Verfahrens zu beantragen. Dazu bemerkt der Bericht, daß infolge der Möglichkeit zur Verlängerung der Fristen (durch den Richter) Verfahrenseinstellungen wegen Verzögerung selten sein dürften, doch würde die Befugnis zur Einstellung nicht nur eine gerichtliche Waffe gegen die Ungerechtigkeit, sondern auch einen Ansporn darstellen, die Ursachen von Verzögerungen in der Strafgerichtsbarkeit auszumerzen."

Der Ausschuß will einen zweiten Teil seiner Empfehlungen zum Strafprozeßrecht in Kürze fertigstellen und durch den Justizminister im Parlament einbringen lassen. Unterdessen, so empfiehlt der Ausschuß, solle "das Parlament als ersten Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Reform und Überarbeitung des Strafprozeßrechts unverzüglich die dem vorgelegten Entwurf entsprechenden Gesetze erlassen."

"Der gegenwärtige Justizapparat arbeitet mit voller Kraft; trotzdem kracht er bedenklich in den Fugen, weil er an Anachronismen gefesselt ist, die ihn schwer belasten und seine Wirkung zersplittern."

Deutscher Berater für Manitoba

Claus Hartwig aus Köln wurde zum Berater für Deutsch beim Erziehungsministerium der Provinz Manitoba ernannt. Dazu erklärte Manitobas Erziehungsminister Keith Cosens, daß seine Provinz damit erstmalig auf dem Gebiet des Sprachunterrichts international beraten werde und daß Herrn Hartwigs Ankunft "eine neue Ära der Kooperation zwischen unserer Provinz und dem Ausland" einleite. In Manitoba nehmen 9 590 Schüler am Deutschunterricht teil.

Hartwigs Gehalt sowie seine Reise- und Umzugskosten werden von deutscher Seite bezahlt, während Manitoba für die entsprechenden Einrichtungen und Dienstleistungen sorgt, die er für seine Arbeit braucht. Außerdem wird ihm gestattet, bis zu einem Drittel jedes Schuljahres andere kanadische Provinzen in ähnlicher Weise zu beraten.

Neuer Vorsitzender der Liberalen Partei in Quebec

Claude Ryan, der 53jährige frühere Herausgeber der Montrealer Zeitung "Le Devoir", ist der neue Vorsitzende der Liberalen Partei in Quebec. Ryan, der dem Quebecker Ministerpräsidenten René Lévesque "scharfe Opposition" angekündigt hat, siegte am 15. April auf dem Liberalen Parteitag in Quebec City mit 1748 gegen 807

Stimmen über den anderen Spitzenkandidaten für das Amt des Parteiführers der Liberalen in Quebec, Raymond Garneau, den ehemaligen Finanzminister der Regierung von Robert Bourassa. Bourassas Liberale waren in den Wahlen vom November 1976 der Parti Québécois von René Lévesque unterlegen. Seitdem hatte Gerard D. Lévesque (kein Verwandter René Lévesques) die liberale Opposition im Quebecker Parlament angeführt; er wird auch weiterhin Fraktionsführer bleiben.

Unmittelbar nach seinem Wahlsieg erklärte Ryan in einer Ansprache: "Ich wiederhole, daß ich mit aller Kraft auf das Ziel eines freien und offenen und kooperativen Quebecs im Rahmen eines geeinten föderativen Kanadas hinarbeiten werde und hoffe, daß wir unverzüglich mit der Arbeit an dieser außerordentlich stimulierenden Zielsetzung beginnen werden."

An das englischsprachige Kanada richtete er die Aufforderung, "als Brüder" über die Zukunft Kanadas miteinander zu sprechen und sagte: "Wir werden mit Ihnen die Möglichkeiten ergründen, unser heutiges politisches Gefüge so zu verbessern, daß es den neuen Gegebenheiten besser entspricht, die sowohl in Quebec als auch in anderen Teilen Kanadas zutage getreten sind."

Ryan erklärte, daß Quebecs Liberale Partei unter seiner Führung in erster Linie das Ziel verfolgen würde, "das Referendum zu gewinnen und dann die Parti Québécois in den Provinzwahlen zu schlagen."

In seinen Reden vor den Wahlmännern äußerte Ryan sowohl vor als auch nach der Wahl, daß



Der neue Parteichef der Liberalen in Quebec, Claude Ryan, will entschlossen für "ein freies und offenes und kooperatives Quebec im Rahmen eines geeinten föderativen Kanadas arbeiten"

er bei der bevorstehenden Debatte über Änderungen der kanadischen Verfassung als "zäher Verhandlungspartner" auftreten werde. Kanada müsse eine neue Verfassung haben, die Quebec die Verfügungsgewalt über seine materiellen und menschlichen Ressourcen einräumt. Es müsse jedoch eine starke Zentralregierung vorhanden sein, die eine richtige Verteilung des Reichtums sichert, die Außenpolitik übernimmt und die Wirtschafts- und Währungspolitik steuert.

Ryan sagte, er sei jederzeit zu einem Treffen mit seinem "alten Freund" Premierminister Pierre Trudeau bereit, der ihm ein Glückwunschtelegramm geschickt hatte, in dem er sein Vertrauen in "Ihren Glauben an den Föderalismus, Ihren Stolz auf Kanada" zum Ausdruck brachte.

Claude Ryan, der in Montreal geboren wurde und zur Schule ging, war 17 Jahre lang für die Katholische Aktion tätig. Er studierte zwei Jahre Kirchengeschichte in Rom und ging dann als Leitartikler zu "Le Devoir", einer der führenden Zeitungen der Provinz Quebec. Im Jahre 1963 wurde er dort Chefredakteur und war bis zum Januar dieses Jahres, als er mit seiner Wahlkampagne für das Amt des Parteichefs der Liberalen in Quebec begann, Herausgeber dieser Tageszeitung. Er ist mit Madeleine Guay verheiratet und hat fünf Kinder.

Kanada ehrte seinen Toller

Kürzlich ernannte Generalgouverneur Jules Léger den Berufseiskunstläufer Toller Cranston zum Mitglied des kanadischen Verdienstordens "Order of Canada".

Toller Cranston, der noch vor wenigen Jahren die Punktrichter für den Kürlauf mit seinem



unorthodoxen und aufsehen-erregenden Stil aus dem Konzept gebracht hatte, erntete 1974 auf den Weltmeisterschaften in München großen Beifall und erhielt als einziger zweimal die Traumwertung von 6,0. Als er 1964 erstmalig an einer Juniorenmeisterschaft teilnahm, belegte er gleich den ersten Platz, ebenso bei den Winterspielen in Quebec 1967, in den kanadischen Seniorenmeisterschaften von 1971 bis 1974 und beim "Skate Canada" 1973. Auf den Weltmeisterschaften 1972 und 1974 gewann er jeweils den Kürlauf der Herren. Cranston war von 1971-75 Mitglied der ISO-Tour, im Februar 1976 gewann er bei der Innsbrucker Olympiade eine Bronzemedaille.

Vielseitig begabt

Cranston, der Autor eines Buches mit dem Titel "Toller" und von zwei selbstillustrierten Kinderbüchern sowie verschiedenen Artikeln ist, war auch in Sondersendungen des britischen und kanadischen Fernsehens zu sehen. Vor einiger Zeit gründete er eine eigene Eisrevue, die Gastspielreisen durch Kanada und die Vereinigten Staaten unternahm. In jüngster Zeit ist er in Europa aufgetreten, in Kanada jedoch nur im April dieses Jahres als Star bei den

"Minto Follies", mit denen der Eislaufclub Minto in Ottawa sein 75jähriges Bestehen feierte.

Toller Cranston ist außerdem Kunstmaler. Ausstellungen seiner Gemälde fanden in New York, Amsterdam, Montreal und Toronto statt. Als Ehrenpräsident des Wohlfahrtsvereins "Christmas Seal Association" hat er deren Weihnachtsmarken für 1976 entworfen.

Der Kanadische Verdienstorden wurde am 1. Juli 1967 zur Anerkennung hervorragender Leistungen und Verdienste auf allen wichtigen Gebieten menschlichen Strebens gegründet.

Sondermarken zu den Commonwealth-Spielen

Anlässlich der Commonwealth-Spiele, die vom 3.-12. August in Edmonton (Alberta) abgehalten werden, gibt die kanadische Post eine Serie von sechs Sondermarken heraus. Die beiden ersten Gedenkmarken in dieser Reihe gelangten am 31. März zur Ausgabe, die übrigen werden während der Spiele ausgegeben, bei denen 38 Staaten Wettkämpfe in zehn Sportarten austragen werden.

Das Wahrzeichen der Spiele ist ein stilisiertes Ahornblatt in Rot und Blau. Die ersten Sondermarken nach Entwurf von Toronto zeigt dieses Symbol vor einem Hintergrund aus silbergrauen Bändern, Badmintonspieler vor demselben silbergrauen Hintergrund. Diese Bänder werden auf allen sechs Sondermarken erscheinen.



ist ein stilisiertes Ahornblatt in Rot und Blau. Eine von den beiden ersten Sondermarken nach Entwurf von Toronto zeigt dieses Symbol vor einem Hintergrund aus silbergrauen Bändern, die andere Marke zeigt Badmintonspieler vor demselben silbergrauen Hintergrund. Diese Bänder werden auf allen sechs Sondermarken erscheinen.

Postminister J.G. Lamontagne erklärte: "Seit 1954 wurden keine Commonwealth-Spiele in Kanada abgehalten, und ich hoffe, daß man in unserer Geste ein Zeichen dafür sehen wird, wie herzlich wir alle unsere Freunde aus dem Commonwealth willkommen heißen".

Wie begann es?

Der erste Vorschlag zu einem Treffen, wie es in diesem Sommer in Edmonton stattfinden wird, wurde 1891 von dem Pfarrer Astley Cooper in England gemacht. Er hoffte, daß Goodwill und Verständnis innerhalb des britischen Weltreichs dadurch erhöht würden.

Im Jahre 1911 traten Mannschaften aus Australien, Kanada, Südafrika und Großbritannien in London zu Wettkämpfen anlässlich der Krönung von König Georg V. an, aber sonst wurden keine nennenswerten Fortschritte bis zu den Olympischen Spielen 1928 gemacht, als der Kanadier Bobby Robinson vorschlug, 1930 die "British Empire Games" abzuhalten. Die Stadt Hamilton (Ontario) war Gastgeber dieser Veranstaltung, die heute als die ersten Commonwealth-Spiele gilt. Von da an fanden sie alle vier Jahre statt, jedoch wurde dieser Turnus durch den Weltkrieg unterbrochen und erst 1954 mit den Spielen in Vancouver (Britisch-Kolumbien) wieder aufgenommen.

Auf dem Programm der Commonwealth-Spiele 1978 stehen Radsport, Gewichtheben, Badminton, Ringen, Boxen, Schwimmen, Schießsport, Kugelstoßen und Leichtathletik, darunter ein Marathonlauf, der für die Athleten, die womöglich gegen den scharfen Präriewind laufen müssen, eine beachtliche Anforderung darstellen könnte. Kanada durfte für die Spiele von 1978 eine 10. Sportart wählen und entschied sich für Gymnastik. Außerdem wird eine Lacrosse-Demonstration stattfinden.

Badminton, das auf der 30-Cent-Marke abgebildet ist, und Kugelstoßen sind die beiden einzigen Sportarten bei den Commonwealth-Spielen, die keine olympischen Disziplinen sind. Badminton, das nach dem Wohnsitz des Herzogs von Beaufort in Gloucestershire benannt ist, entwickelte sich im 19. Jh. aus einem alten Kinderspiel. Militärs brachten es 1890 in Vancouver den Kanadiern bei; in Ostkanada wurde es aber erst nach dem zweiten Weltkrieg gespielt. 1925 bereiste ein britisches Badmintonteam Kanada und machte diesen Sport populärer.

Kanadische Spieler belegten 1939 im Fraueneinzel auf den "All-England Championships" und bei den Commonwealth-Spielen von 1970 im Herreneinzel die ersten Plätze.

Neuer Bus Konkurrenz für den Flugverkehr

Telefone, Hostessen und warme Mahlzeiten sind die Schlager der neuen Autobuslinie, die seit dem 10. April zwischen Montreal und Quebec besteht.

Der "Grand Express" des privaten Busunternehmens Voyageur Inc. wurde hauptsächlich für regelmäßig reisende Geschäftsleute und Regierungsbeamte eingeführt und soll anderen Verkehrsmitteln den Rang ablaufen. "Bei der Berechnung unserer Betriebskosten stellen wir fest", sagte ein Sprecher von Voyageur, "daß wir im Umkreis von 200 km zum selben Preis wie die Bahn größere Bequemlichkeit an Bord bieten können....". Im Vergleich mit dem Flugverkehr, fuhr er fort, gehen die Fahrten von Stadtmitte bis Stadtmitte, sind schneller und billiger, können reserviert werden und bieten den gleichen Bordservice. Und dann gibt es "den überragenden Vorteil, das Telefon, das unseren Fahrgästen während der Fahrt die Verbindung mit der Außenwelt ermöglicht, und das ist für Geschäftsleute äußerst wichtig".

Die je 130 000 Dollar kostenden Fahrzeuge haben nur drei Sitze pro Reihe statt vier und insgesamt nur 24 Sitze statt 43 bzw. 47 in den normalen Bussen. Jeder Sitz hat eine Schalttafel, von der aus vier verschiedene Musikgattungen gewählt, die Beleuchtung eingestellt oder die Hosteß gerufen werden kann. Es gibt vier Abfahrzeiten am Tag. Der Fahrpreis beträgt 21,00 \$ in einer Richtung (42,00 \$ für Hin- und Rückfahrt) und schließt Essen, Zeitungen und Zeitschriften ein. Eine normale Busfahrt für die 240 km lange Strecke von Montreal nach Quebec kostet 19,80 \$.



Norman Denault (oben), Marketingchef von Voyageur Inc., mit einer Hosteß vom Grand Express, dem kürzlich aufgenommenen Luxus-Omnibusdienst zwischen Montreal und Quebec.

Meningitis-Impfstoff entdeckt

Meningitis ist eine Erkrankung des Nervensystems, die immer noch in Teilen Südamerikas und Afrikas auftritt. Dank eines in Kanada entwickelten Impfstoffs besteht die Möglichkeit, diese Krankheit bald auszumerzen.

Der Impfstoff wurde 1974 durch die gemeinsamen Anstrengungen von drei Wissenschaftlern gefunden: Harold Jennings und Ian Smith vom Bundesforschungsinstitut (National Research Council) und Paul Kenny vom Bundesministerium für Gesundheitswesen und Volkswohlfahrt. Das Frappier-Institut in Montreal, das zur Herstellung von Impfstoffen für Menschen zugelassen ist, hat während der letzten 18 Monate Versuche mit dem Impfstoff durchgeführt

und ist jetzt so weit, daß es ihn dem Bundesministerium für Gesundheitswesen und Volkswohlfahrt zur Genehmigung vorlegen kann.

Meningitis wird durch Bakterien verursacht, die gewöhnlich nur eine leichte Infektion der Nasengänge und -nebenhöhlen hervorrufen; bei Kleinkindern, Jugendlichen und immunschwachen Erwachsenen kann der Krankheitserreger jedoch in den Blutkreislauf und damit in die Meningen, die das Gehirn und Rückenmark umgebenden Membranen, gelangen und zu schwerer, oft sogar tödlicher Krankheit führen. Die Bekämpfung dieser Krankheit mit Antibiotika ist insofern schwierig, als durch natürliche Auswahl Bakterienstämme entstanden, die gegen solche Mittel resistent sind. Die Bekämpfung der Meningitis durch Impfstoffe war der medizinischen Wissenschaft bisher nicht gelungen, weil es mindestens vier verschiedene krankheitserregende Bakterienarten gibt und die Impfung gegen eine von ihnen keine Immunität gegen die übrigen Bakterienstämme gewähren würde.

Dr. Jennings und seine Kollegen haben zuerst die chemische Struktur der verschiedenen Bakterienarten aufgeklärt. Danach wurde ein Antigen, d.h. eine Molekülverbindung erzeugt, die allen Stämmen gemein ist. Bei anschließenden Versuchen an Mäusen zeigte sich, daß dieses "gemeinsame Antigen" ein wirksamer Impfstoff ist. In Laborversuchen überlebten 90% aller Mäuse, die mit der Antigenverbindung geimpft worden waren, kräftige Meningitisdosen, während 95% der nicht geimpften Mäuse starben.

Falls der Impfstoff zugelassen wird, will man seine Wirksamkeit anhand von Blutprobenuntersuchungen prüfen, die mit freiwilligen Versuchspersonen durchgeführt werden sollen. Danach würde man den Impfstoff der Weltgesundheitsorganisation für entsprechende Versuche in besonders meningitisgefährdeten Gegenden übergeben.

Dr. Jennings rechnet mit der Möglichkeit, daß die immunologische Methode des "gemeinsamen Antigens" zu Impfstoffen gegen Lungenentzündung, Keuchhusten und andere Krankheiten führt, die durch mehr als einen Bakterientyp erregt werden.

Polizei und Schüler Verbündete in Calgary

"Es gibt zwei Wege, an die Jugendlichen in den Schulen heranzutreten. Der Polizeibeamte kann mit Informationsmaterial bewaffnet ins Klassenzimmer gehen und eine Art Vorlesung geben. Oder man kann es so machen wie wir - ein Beamter steht dauernd zur Verfügung, wenn die jungen Leute ihn brauchen".

Inspektor Al Menzies, Chef der Abteilung für Jugendkriminalität in Calgary, sprach über das sehr erfolgreiche Schulberatungsprogramm in dieser Stadt. Polizeibeamte stehen auf Dauerbasis für sechs Sekundarschulen zur Verfügung.

Bereits seit vier Jahren besteht dieses Programm in



Polizeiinspektor Al Menzies und Wachtmeister Bosniak unterhalten sich mit Schülern der St. Mary's School in Calgary.

Calgary. Es begann damit, daß sich die Polizei bewußt bemühte, mehr Kontakt mit der Bevölkerung aufzunehmen. Stellvertretender Polizeichef Howard Leary erklärt: "Früher waren wir eine halb-militärische Organisation und arbeiteten in Trupps. Unser einziger Kontakt mit der Bevölkerung kam bei Zuwiderhandlungen zustande oder wenn die Leute Hilfe brauchten. Unsere Beamten arbeiteten höchstens zwei bis vier Wochen lang in jedem Stadtteil und lernten dabei niemanden richtig kennen".

Nach der neuen Auffassung bleiben Teams von Polizeibeamten im gleichen Bezirk. Das führt nicht nur zur engeren Verbindung mit der Bevölkerung, sondern auch zu besserer Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei. Jeder Bezirk hat einen Wachtmeister, dessen Sonderaufgabe es ist, Verbrechen zu verhüten, die Jugendlichen in den Schulen zu beraten und sich mit ihnen über Polizeiarbeit und das Rechtswesen zu unterhalten.

Schüler zunächst mißtrauisch

"Es dauerte eine Weile, bis die jungen Leute die Idee akzeptierten", gibt Menzies zu. "Im ersten Jahr schenkten sie uns ziemlich mißtrauische Blicke. Langsam aber sicher erwarben unsere Leute sich jedoch Respekt. Jetzt treten die Jugendlichen mit allen möglichen Problemen an die Berater heran. Mit reinen Schulproblemen gehen sie natürlich zum Mentor, aber mit uns sprechen sie zum Beispiel über einen betrunkenen Vater oder über andere Alkoholprobleme zu Hause". Die Polizeibeamten überlassen es grundsätzlich den Schulen selbst, für Disziplin zu sorgen oder Strafen zu erteilen.

Jede an dem Programm beteiligte Schule stellt ein Privatbüro zur Verfügung, wo die Schüler wissen, daß sie mit dem Polizeiberater im Vertrauen sprechen können. Der Beamte beschränkt seine Tätigkeit aber nicht auf solche Gespräche im Büro, sondern mischt sich auch in der Kantine, auf dem Schulhof und auf dem Sportplatz unter die jungen Leute. "Wir wählen bewußt Beamte mit sportlicher Veranlagung", erklärt Menzies, "weil die Jugendlichen beim Sport am leichtesten Verbindung aufnehmen".

Weniger Drogen

Weder Al Menzies noch die Schulen täuschen sich und glauben, daß nun alle Probleme plötzlich verschwinden werden. Sie wissen zum Beispiel, daß es immer noch Drogen gibt - aber weniger. "Die meisten Händler sind keine Schüler", sagte Menzies, "und in den Schulen, wo unsere Beamten sind, kommen die Jugendlichen zu ihnen, wenn jemand, den sie nicht kennen, da herumlungert. Viele haben für die Händler auch nichts übrig und sagen: Da ist einer auf dem Parkplatz mit einem Kofferraum voll Gras".

Die Polizei hat festgestellt, daß auch außerhalb der Schule bereits ein anderer Ton herrscht. "Wenn jetzt ein Polizist einen Wagen anhält", sagt Menzies, "entstehen weniger Spannungen. Die Jugendlichen scheinen kein Bedürfnis mehr zu haben, etwas Schnodderiges zu sagen oder Aufsehen zu erregen. Jetzt erhält der Beamte eine vernünftige Antwort, und niemand hat Ärger".

Herausgegeben von der Informationsstelle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Ottawa KIA OG2. Übersetzung ins Deutsche durch das Deutsche Referat im Übersetzungsamts des Department of the Secretary of State.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet; Quellennachweise für Photos sind im Bedarfsfall von der Redaktion (Mrs. Miki Sheldon) erhältlich. Ähnliche Ausgaben dieses Informationsblatts erscheinen auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.

This publication appears in English under the title Canada Weekly.

Cette publication existe également en français sous le titre Hebdo Canada.

Algunos números de esta publicación aparecen también en español con el título Noticiario de Canadá.